



Fischerfeldstraße 7-11
60311 Frankfurt am Main

Tel. (069) 299 888-490
buero@jusos-frankfurt.de

Die SPD muss sich neu erfinden...oder sie wird untergehen. **Wahl der Fraktionsspitze muss warten!**

Die Frankfurter Jungsozialisten positionieren sich bezüglich des desaströsen Wahlergebnisses. Sie lehnen die Wahl eines Fraktionsvorsitzenden am Mittwoch ab und formulieren 7 Thesen für eine Reform der SPD.

Die Niederlage der SPD trifft die Frankfurter Jungsozialisten hart. Sie ist aber keineswegs überraschend, sondern spiegelt die Stimmung auf der Straße während des Wahlkampfes wider.

Wir fordern die Bundesspitze und die Basis der SPD zur Erneuerung der ältesten deutschen Partei auf. Wir fordern einen radikalen Kurswechsel in der Bundespolitik. Sollte dieser Wandel ausbleiben, werden wir wie unsere Schwesterparteien in Polen, Tschechien, Niederlanden oder Frankreich unweigerlich in der Bedeutungslosigkeit enden.

Die SPD muss sich auf ihre Wurzeln besinnen und wieder in eine linke, progressive Partei entwickeln. Eine Partei die Anspruch und Ideen hat, um dieses Land nachhaltig gerechter zu gestalten.

Um dies zu erreichen, haben die Frankfurter Jungsozialisten diese 7 Thesen entwickelt:

1) Ende des Kurses der Mitte

Die SPD fährt seit knapp 20 Jahren einen sogenannten Kurs der Mitte. Durch diesen Kurs hat sie sich zu einer moderat konservativen Kraft entwickelt. Der sogenannte rechte Parteiflügel um den Seeheimer Kreis und das Netzwerk Berlin besetzen fast alle Schlüsselpositionen der Partei. Seit der Schröderära gibt es eine bedenkliche personelle und inhaltliche Konsistenz mit einer Konstante: handzahme Politik um für jeden wählbar zu sein. Das Ergebnis:

Nach Umfragen kann sich fast jeder vorstellen die SPD zu wählen, aber niemand tut es mehr.

20 Jahre Mittekurs bedeuten den Verlust der *Hälfte* unserer Wähler von 1998. 2017 haben voraussichtlich nur noch unter 10.000.000 Menschen die SPD gewählt. 1998 waren es noch über 20.000.000.

Die Sozialdemokraten müssen aufhören einer sogenannten „Mitte“ hinterher zu laufen und stattdessen selbst die Meinungsführerschaft in den Debatten erlangen.

2) Abkehr von der Agenda 2010

Die SPD hat während Ihrer Regierungszeit viele Probleme in diesem Land nicht nur ignoriert, sondern trägt an ihnen eine erhebliche Mitverantwortung. Die SPD hat den neoliberalen Trend des Kapitalismus nicht gezähmt, sondern entfesselt.

Mit der Agendapolitik hat sich die SPD von den sozial Schwächeren verabschiedet. Diese Wählergruppe hat sich von der SPD und sogar in großen Teilen von der Politik insgesamt verabschiedet. Bis wir uns von dieser Politik nachhaltig distanzieren, werden wir von dieser mehrere Millionen Menschen umfassenden Wählergruppe niemals wieder unterstützt, geschweige denn gewählt werden.

Daher verlangen wir die endgültige Abkehr von der Agenda 2010

3) Demokratisierung der SPD

Der Kanzlerkandidat und Parteichef wurde durch ein Interview im Stern bekannt gegeben. Personelle und programmatische Prozesse werden in der Regel von oben verordnet. Die Prozesse sind auch für die eigene Mitgliedschaft hochgradig intransparent. Ernsthafte Diskussionen um den Kurs der Partei werden als „Nestbeschmutzung“ angesehen. Wahlkreiskandidaten werden oftmals ehemalige Mitarbeiter oder enge Mitstreiter etablierter Parteifunktionäre. Seit Jahrzehnten behindern die Strukturen der SPD jede Chance eines Reformprozesses und entfremden somit Parteibasis und Parteispitze.

- Es darf nie wieder eine Kandidatenkür ohne innerparteilichen Vorwahlprozess geben. **Die Basis** muss zwischen mehreren Kandidaten entscheiden können.
- Es darf nie wieder ein Parteiprogramm ohne echte Beteiligung der Basis geben, Scheinbeteiligungen wie in den letzten Jahren reichen nicht.
- Es darf keine Benennung oder Nominierung des Fraktionsvorsitzes durch den Parteichef geben. Die Fraktion muss aus mehreren Kandidaten wählen können. Das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten muss erst diskutiert werden, bevor der Fraktionsvorsitz gewählt wird; der anvisierte Termin am Mittwoch ist dafür deutlich zu früh.

4) Demokratisierung der Gesellschaft

Wir müssen mehr Bürgerbeteiligung in staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozessen ermöglichen. Das Wahlalter muss daher auf 16 gesenkt und auf Migranten ausgeweitet werden. Die SPD plant aktuell gemeinsam mit anderen Fraktionen die Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre. Das ist der größte Abbau demokratischer Partizipation seit 1949.

Die Jusos Frankfurt stellen sich vehement gegen diese Entmündigung der Wähler und werden gegen diese Pläne erbitterten Widerstand leisten.

5) Kampf gegen die AfD aufnehmen

Die große Koalition hat der AfD den Nährboden bereitet; ähnlich wie in Österreich. Vor vier Jahren haben wir Jungsozialisten beim Mitgliedervotum zur Koalitionsbildung vor dieser Entwicklung gewarnt und behalten heute leider recht. Die Beschimpfung der rechtspopulistischen AfD und Ihrer Wähler alleine genügt nicht als Gegenstrategie. Wir müssen uns mit den Gründen für die Wahl der AfD beschäftigen. So ist die AfD mit über 21% im Osten die zweitstärkste politische Kraft geworden und das hat tiefgreifende Gründe. Das BIP liegt im Osten 25% unter dem Westdeutschen und die Arbeitslosigkeit weiterhin doppelt so hoch bei knapp 10%. Das Ziel des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen ist somit in der Praxis gescheitert. Hier helfen keine Sonntagsreden, hier müssen Perspektiven geschaffen werden.

6) Glaubwürdigkeit

Die wichtigste Währung in der Politik ist Glaubwürdigkeit. Nach ARD Zahlen sagen 80% der Menschen, dass die SPD nicht sagen würde, wie sie soziale Gerechtigkeit schaffen möchte. Nur noch 38% sind der Meinung, dass sich die am ehesten für soziale Gerechtigkeit einsetzt; 1998 lag der Wert bei knapp 60%.

Die SPD ist in Ihrem Markenkern nicht mehr glaubwürdig und erkennbar. Anspruch der Partei und die tatsächliche Wahrnehmung liegen so weit auseinander wie noch nie. Dafür müssen mutige Reformen, welche die Gesellschaft wirklich gerechter machen, angepackt werden.

7) Die SPD braucht eine Vision für dieses Land

Wir haben aktuell kleinere Projekte für ein Regierungsprogramm, die Deutschland auch sicherlich ein Stück verbessern würden. Aber wir haben keine Vision, um die Politik, die Gesellschaft und das Land als Ganzes grundlegend und richtungsweisend zu verändern.

Wir haben keine Antwort auf den mit der Digitalisierung zusammenhängenden Strukturwandel der Arbeitswelt.

Wir wissen, dass jedes 5. Kind in Armut lebt und haben keine Strategie das zu ändern.

Wir haben keine Position zu neuen Ideen wie dem Bedingungslosen Grundeinkommen, der Energiewende, der Wertschöpfungsabgabe oder der wirklichen Umverteilung von Vermögen.

Das letzte Mal, dass die SPD eine glaubhafte Alternative zur etablierten Politik präsentieren konnte war im Jahr 2008 unter Andrea Ypsilanti. Die Ergebnisse aus dieser Landtagswahl in Hessen zeigen uns: Wenn wir eine Vision, glaubwürdige Politiker und eine klare Kommunikation haben, können wir die große Mehrheit der Wähler überzeugen. In der Parteibasis gibt es viele gute Ideen, Projekte und Visionen, die endlich ernst genommen und in ein grundlegend umwälzendes Parteiprogramm umgesetzt werden müssen.

Trotz unserer schon vorher bekannten Vorbehalte bezüglich der Strategie und Ausrichtung haben die Frankfurter Jungsozialisten täglich Wahlkampf gemacht, an den Wochenenden sogar bis spät nach Mitternacht. Wir konnten sogar zahlreiche junge Menschen vor Ort zum Beitritt in die SPD bewegen. Wir schieben die Schuld für den Niedergang der SPD ausdrücklich keinen Einzelpersonen zu.

Die Jusos sind ein kritischer Verband und nicht die jungen Jubelperser der Sozialdemokratie. Wir benennen das kollektive Versagen und Ergebnis des erfolglosen bundespolitischen Kurses. Dass es auch anders geht, sehen wir in Frankfurt mit Peter Feldmann, Mike Josef, den Dezernenten sowie unserer Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen.

Wir wünschen uns, dass unsere Partei sich wieder auf Ihre Wurzeln besinnt und eine Zukunft hat. Diese Vorschläge sind nur ein erster Auftakt, um unsere Partei zu retten, denn Deutschland, Europa und die Welt brauchen starke Sozialdemokraten und eine starke SPD. Wir sind stolz darauf, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und setzen daher alle uns zur Verfügung stehenden Mittel dafür ein, dass die SPD wieder gemeinsam erfolgreich ist. Dafür muss jetzt gehandelt werden! Unsere Thesen sind als Debattenbeitrag in diese Richtung zu bewerten.

Zitat Simon Witsch:

„Die SPD ist seit Jahren keine sozialdemokratische Partei mehr. Wir haben innerhalb von 19 Jahren die Hälfte unserer Wähler verloren – in Zahlen sind das über 10 Millionen verlorene Stimmen. Heute haben wir als Partei die endgültige Quittung für jahrzehntelanges Regierungshandeln bekommen, das neoliberale Politik implementiert hat. Die SPD hat soziale Probleme in diesem Land nicht nur ignoriert, sondern ist für deren Zuspitzung mitverantwortlich.“

Zitat Lino Leudesdorff:

„Wir fordern die Bundesspitze und die Basis der SPD zur Erneuerung der ältesten deutschen Partei auf. Wir fordern einen radikalen Kurswechsel in der Bundespolitik. Sonst werden wir unweigerlich das Schicksal unserer Schwesterparteien in Polen, Tschechien, Niederlanden oder Frankreich teilen: ein Ende in der Bedeutungslosigkeit. Die Partei muss sich für eine neue, linke Politik öffnen. Wir müssen über eine Abkehr vom entfesselten Kapitalismus, der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens und beispielsweise einer Wertschöpfungsabgabe diskutieren. Daher verlangen wir die endgültige Abkehr von der Agenda 2010“

Zitat Stefanie Minkley:

"Die Reaktion auf dieses Ergebnis muss primär Selbstkritik und Reflexion sein. Der anvisierte Termin am Mittwoch zur Wahl des Fraktionsvorsitzes ist deutlich zu früh - das schlechteste Ergebnis aller Zeiten muss zunächst diskutiert und nötige Konsequenzen gezogen werden. Die Parteispitze spiegelt die vielfältige Gesellschaft nicht wieder - sie muss weiblicher und pluralistischer werden. Die Menschen merken, dass die Ungerechtigkeit auch in Deutschland wächst. Damit nicht noch mehr Bürger*innen radikal wählen, muss die SPD eine echte glaubwürdige Politik für mehr Gerechtigkeit anbieten und auch umsetzen."

Bei Rückfragen:

Lino Leudesdorff: lino.l@live.de, Tel. 016093148747

Simon Witsch: simon.witsch@outlook.de, Tel. 01739471355

Stefanie Minkley: stefanie.minkley@googlemail.com, Tel. 015780571969